

Paarpreis bis 1000 M, 35 Stück
 in Calw, Druckerei, Calw.
 Sportwagen
 Hochsein.
 Ruhestühle,
 überwaren
 kaufen Sie billig bei
 B. Pforzheim,
 und Bannstraße.



Nr. 35 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.
 Erscheinungswelle: 5mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Seite 80 BRT., Familienanzeigen 50 BRT., Reklamen 200 BRT. Auf Sammelanzeigen kommt ein Aufschlag von 100 % — Fernspr. 9.
 Montag, den 12. Februar 1923.
 Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 1200 BRT. monatlich, Postbezugspreis 1209 BRT. mit Beleggeld. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der seitherige Mißerfolg der französischen Gewaltaktion im Ruhrgebiet hat die französische Regierung veranlaßt, einen neuen unerhörten Gewaltschritt vorzunehmen. Sie hat der deutschen Regierung mitteilen lassen, daß nicht nur keine Kohle mehr ins unbesetzte deutsche Gebiet gelassen werde, sondern daß jetzt auch die metallurgischen und andere Produkte des Ruhrgebiets zurückgehalten würden. Außerdem geht der Raub von Privateigentum, Lebensmitteln und die schwerste Drangsalierung der Bevölkerung fort.

Mussolini, der „Napoleon“ Italiens, hat sich nach der in Italien üblichen großen Geste wieder der Situation angepasst. Er hat erklärt, daß Italien nicht vermitteln könne, wenn es nicht darum ersucht werde, und wenn es einmal so weit wäre, so müsse eine Veränderung der italienisch-französischen Abmachungen eintreten, d. h. Italien will dafür, daß es zu Gunsten Frankreichs „vermittelt“, sein Feindgeld haben, ein Standpunkt, den der Italiener mit Pathos als „heiligen“ Credoismus bezeichnet.

Die englische Regierung hat die geradezu erschütternde Feststellung gemacht, daß sich in bezug auf die Ruhrgebietslage noch nichts geändert habe, also ändert man seine bisherige Ruhelage ebenfalls nicht. Die Alliierten schauen sich also das „Schauspiel“ im Ruhrgebiet weiter an.

Der Führer der türkischen Abordnung in Lausanne hat erklärt, daß er die Verhandlungen mit der Entente nicht als vollständig abgeschlossen betrachte. In der Mussolifrage habe man sich geeinigt. (1)

Die französische Gewaltpolitik. Rettet das Reich.

Von Wilhelm Sollmann (Köln).
 Bis in die allerjüngste Vergangenheit haben wir Deutschen uns um die Staatsform die Köpfe blutig geschlagen. Für die Monarchie, für die Republik, für die Diktatur des Proletariats sind Deutsche im Bürgerkriege gefallen. Seit die französisch-belgische Armee in das Herz unseres Wirtschaftslebens vorrückte, geht es nicht mehr um die Staatsform, sondern um diesen Staat, um das Deutsche Reich selbst. Der Stoß, den Poincaré und Foch im unsere westliche Flanke führen, kann zum Todesstoß für Deutschland werden, wenn ihn die Massen unseres Volkes nicht zu parieren verstehen.
 Frankreich steht vor seinem in Jahrzehnten von Militärs und Wirtschaftsführern erstrebten Ziele. Es hat den Rhein, es hat die Kohlengruben an der Saar und jetzt auch der Ruhr in bewaffneter Hand. Wie ungeheuer schwer wird es für Deutschlands waffenlose Politik werden, den französischen Imperialismus im letzten Augenblick zurückzuweisen. In welcher Form Frankreich und sein belgischer Freund die Rhein- und Ruhrgebiete sich dienstbar machen werden, ist von geringer Bedeutung. Jedenfalls haben wir in diesen Januar Tagen 1923 die für die deutschen Wirtschafts- und Staatspolitiker wahrhaft fürchtbare Tatsache ins Auge zu fassen, daß der Verlust unserer westlichen Gebiete nie so unmittelbar bevorstand, nie so zur starken Möglichkeit geworden war wie jetzt. Männer und Frauen der deutschen Republik: Vielleicht stehen wir vor dem Ende.
 Vor dem Ende? Gewiß, es werden, wenn das Reich zerfällt, auch dann noch Menschen im Rheinland und Westfalen, in Berlin und Hamburg und München, im Norden und Süden Deutschlands noch leben; manche sogar recht gut. Noch ist kein Unglück über unser Volk gekommen, an dem nicht Leute mit listigen Augen und schmutzigen Händen sich raffigierig bereichert hätten. Dieses Geschmeiß

* Sollmann ist sozialistischer Reichstagsabgeordneter.

würde auch Deutschlands Ende nur mit dem Rechenstift und schmiereriger Briefstasche erleben.

Wir anderen aber, die wir irgendwo und irgendwie in Deutschland von redlicher Arbeit leben müssen? Wir werden noch ärmer werden, als wir jetzt schon sind, wenn Frankreichs kapitalistische Pläne am Rhein und an der Ruhr gelingen. Jedes nationale Unglück dieser schwarzen Jahre hat uns, den breiten Unterbau des deutschen Volkes, tiefer hinabgedrückt. Darum haben wir, die Arbeiter der Hand und des Kopfes, uns zäher, entschledener, leidenschaftlicher, entschlossener zu wehren als die deutschen Oberhäupter.

Das gilt für die von der Losreißung bedrohten Gebiete wie für das übrige Deutschland. Kein Rheinstaat, keine Frankenschönung, keine Schmeichelei französischer Sprachknechte kann die Deutschen am Rhein und an der Ruhr davor bewahren, daß ihre besten Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland zerrissen und daß sie als Ausbeutungsobjekt für das finanziell erschütterte Frankreich dienen sollen. Nie wird das gewaltige Industriegebiet in einem eigenen Staat und unter französischen Fittichen das wieder werden können, was es einmal als Glied der großen deutschen Wirtschaftsgebiete war und einmal wieder werden könnte.

Das innere Deutschland aber würde nach dem Verlust der Gruben und Hütten an der Saar und in Oberschlesien die letzte große Kraftquelle seiner Wirtschaft verlieren. Ob wir kapitalistisch denken oder sozialistisch: Ohne Kohle und Erz, ohne Schacht und Hochofen kann keine moderne Wirtschaft gedeihen. Klägliche Verkümmernng Deutschlands, dauernde Verarmung wird unser Los, wenn der „Siegeszug“ des französischen Imperialismus wirklich zu seinem Ziele eilt.

Da r u m geht es jetzt. Jeder wird seine besondere Ansicht haben über Schuld und Mitschuld, von Kreisen und Parteien an des deutschen Volkes grenzenlosem Unglück. In diesen Tagen aber können Systeme weder diskutiert noch klar gelöst werden. Nur auf festem Grunde sind Gebäude zu errichten, sie seien, wie immer. Um die letzten Grundlagen der deutschen Wirtschaft kämpfen wir nun.

Deutsch, einmal in eurer an Aufzueinlichem überreichen Geschäfte, zeigt euch einer entscheidenden Stunde gewachsen! Rettet das Reich!

Die Raub- und Erpressungspolitik geht fort.

Verbot der Ausfuhr von Produkten aller Art aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland.

Paris, 11. Febr. (Havas.) Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Paris eine Note zugehen lassen, in der mitgeteilt wird, daß vom 12. Februar ab metallurgische und andere im besetzten Gebiet fabriizierte Produkte nicht mehr nach dem unbesetzten Deutschland abgeführt werden dürfen. Anlaß zu der Maßnahme hätten Befehle gegeben, die die deutsche Regierung ihren Beamten im Ruhrgebiet erteilt habe, durch diese Befehle versuche die deutsche Regierung Unruhen aller Art hervorzurufen. Der belgische Außenminister hat nach einer Meldung der Agence Belge dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel eine entsprechende Note überreichen lassen.

Weitere Maßnahmen!

Essen, 12. Febr. Da die Kohlen- und Materiallieferungen an die französischen Besatzungstruppen angeblich nicht gesichert sind, hat General Fournier dem hiesigen Oberbürgermeister mitgeteilt, daß die Truppen angewiesen werden würden, sich selbst zu bedienen.

Paris, 12. Febr. Ministerpräsident Poincaré hatte gestern gegen Abend eine Besprechung mit General Degoutte über die Anwendung der weiteren Maßnahmen, die von der französischen und belgischen Regierung festgesetzt worden sind.

Paris, 12. Febr. Das Ergebnis der vorgestrigen Verhandlungen des französischen Kabinetts mit dem belgischen Außenminister Jaspar wird von dem „Petit Parisien“ wie folgt zu-

jammengesetzt: Es sei vereinbart worden, die Bemühungen auf den wichtigsten Eisenbahnlinien fortzusetzen, und neben dem französischen und belgischen Personal auch diejenigen deutschen Eisenbahner und leitenden deutschen Beamten heranzuziehen, die zur Wiederaufnahme der Arbeit gewillt seien. Hinzukomme ein System der Ausfuhrbewilligung für sämtliche Industrielle des Ruhrgebiets. Diese werde die beste Waffe gegen den Widerstand der Großindustriellen sein. In der vielerörterten Frage des Einheitskommandos habe General Degoutte als Erster Mitarbeiter wenigstens für die Wirtschafts- und Finanzfragen verlangt. Eine Entscheidung sei aber noch nicht getroffen.

Paris, 12. Febr. Die Verhandlungen über die Frage des Einheitskommandos werden fortgesetzt. Einige Blätter bleiben bei der Darstellung, daß die belgische Regierung eine allgemeine Verschärfung des Besatzungsregimes fordere. So schreibt „Deuore“: Die belgische Regierung frage sich, in welcher Form die neuen Zollfunktionen hinsichtlich der Ausfuhr der Fabrikate der Metallindustrie und der Einfuhr von Eisen erfolgen sollten. Die belgische Regierung sei bekanntlich für die Abschließung des Ruhrgebiets mit einem Schlag gewesen. Die Besetzung müsse kraftvoll durchgeführt werden. Die Einzelheiten über die Anordnungen hierfür müßten vorbereitet werden. Weitere Konferenzen würden beide Regierungen in den Stand setzen, ihre Auffassungen miteinander zu vergleichen und gemeinsam das vorzubereiten, was man bereits einen „neuen Friedensvertrag“ nenne. — Ob gerade die belgische Regierung hier vorangegangen ist, darf wohl bezweifelt werden.

Paris, 12. Febr. Ministerpräsident Poincaré hatte gestern vormittag eine Unterredung mit dem englischen Botschafter. Wie das „Journal des Debats“ mitteilt, ist gestern abend eine Anzahl höherer Beamten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten nach dem Ruhrgebiet abgereist.

Paris, 12. Febr. General Degoutte ist gestern vormittag von Mainz kommend in Paris eingetroffen. Der Mainzer Berichterstatter des „Echo de Paris“ nennt unter den Fragen, die aus Anlaß der Anwesenheit des Generals zur Sprache kommen sollen, das französische Oberkommando im Ruhrgebiet und seine Beziehungen zu den interalliierten Behörden im Rheinland. Im Leitartikel des „Echo de Paris“ werden jedoch daneben auch Vorschläge der belgischen Regierung erwähnt, die nach dem Blatt darauf hinauslaufen, daß ein Belgier im gleichen Rang wie Degoutte neben ihm an die Spitze der Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet treten solle.

Paris, 12. Febr. Havas teilt in einer offenbar als halbamtlich anzusehenden Meldung mit, daß der vorgestrige Beschluß der französischen und der belgischen Regierung, den deutschen Ministern den Zutritt ins Ruhrgebiet zu untersagen, weil durch ihre Anwesenheit Unruhen hervorgerufen werden könnten, nicht bedeute, daß die alliierten Behörden beabsichtigten, beim Betreten der Besatzungszone einen Passagierchein oder einen Paß zu verlangen. Die große Zahl der Zugangswege zum Ruhrgebiet mache eine derartige Kontrolle unmöglich. Uebrigens würde es auch nur eines Flugzeuges bedürfen, um diese Kontrolle zu umgehen. Es würden jedoch auf Grund des vorgestrigen Beschlusses die deutschen Minister, wenn sie unbesetzt ins Ruhrgebiet hineingelangt seien, sofort nach Deutschland (1) zurückgebracht, sobald ihre Anwesenheit gemeldet werde.

Die Fortdauer der Gewalttaten.

Essen, 12. Febr. Gestern morgen ist Direktor Lattau von der Gewerkschaft „Zollverein“ aus unbekanntem Gründen verhaftet worden. Vorgestern abend erfolgte die Verhaftung des Bergwerksrats Ruffel von der Berginspektion Gladbach, weil er den französischen Ingenieuren den Zutritt zu den Gruben verboten und Auskunft über die Förderung verweigerte. Er ist aus dem besetzten Gebiet fortgebracht worden.

Essen, 12. Febr. Vorgestern sind hier aufs neue 3 Polizeibeamte wegen Gruberverweigerung festgenommen worden. Infolge des Verhaltens der Polizei- und der städtischen Beamten usw. ist am Samstag abend um 9 Uhr über Herne der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

Redlinghausen, 12. Febr. Der vor einigen Tagen verhaftete Redakteur Fischer von der Redlinghausener „Allgemeinen Zeitung“ ist vom französischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefäng-

„Denkt an das Ruhrgebiet! Zeichnet das Deutsche Volksoffer!“

nis verurteilt worden. Bürgermeister Kewer und Stadtvorordnendevorsteher Rechtsanwalt Nishaus sind vorgestern nachmittag von der Besatzungsbehörde verhaftet worden.

Offenburg, 10. Febr. Der Straßenverkehr ist nunmehr wieder ganz freigegeben. Die Wirtschaften können bis 10 Uhr abends offen bleiben. Die Lebensmittelversorgung in den neubefreiten Gebieten gestaltet sich von Tag zu Tag schwieriger, da die Besatzungsbehörde zahlreiche Beschlagnahmen vornimmt und auch sonst seitens der französischen Militärs umfangreiche Aufkäufe vorgenommen werden. Die körperlichen Züchtigungen werden immer häufiger. Man versucht jetzt, die unterbrochenen Verbindungen in dem neubefreiten Gebiet durch Kraftwagenverkehr wiederherzustellen. Das Verkehrsleben der Stadt Offenburg leidet schwer unter der Verkehrssperre.

Frankfurt a. M., 11. Febr. Der vom preussischen Ministerium einstimmig zum Regierungspräsidenten von Wiesbaden ernannte frühere Kultusminister Hänisch, gegen dessen Amtsantritt die Rheinlandskommission bekanntlich ein vorläufiges Veto eingelegt hatte, weilt in den letzten Tagen im besetzten Gebiet, um als Kommissar der preussischen Regierung Informationen über die wirtschaftliche und die politische Lage einzuziehen. Am Samstag nachmittag wurde er aus einer Besprechung mit Landräten und Bürgermeistern des Regierungsbezirks Wiesbaden heraus durch einen französischen Beamten zu dem Oberdelegierten Marquis de Villers genötigt, der ihn ehrenwörtlich verpflichten wollte, noch vor Mitternacht das besetzte Gebiet zu verlassen. Hänisch lehnte dieses Ansuchen ab und erklärte, er werde nur der Gewalt weichen. Daraufhin wurde er dem französischen Postzeitschriftleiter zugeführt und dort einer gründlichen Durchsuchung unterzogen, gegen die er unter Berufung auf seine Immunität als preussischer Landtagsabgeordneter entschiedenen Protest einlegte. Ebenso verweigerte er die Unterzeichnung des vom dem französischen Postzeitschriftleiter ausgenommenen Protokolls. Gegen 1/10 Uhr wurden Hänisch seine Papiere zurückgegeben und bald darauf wurde er in einem französischen Militärauto an die Grenze des besetzten Gebiets gebracht.

Raub von Arbeitslöhnen.

Mainz, 11. Febr. Der „Mainzer Anzeiger“, die „Mainzer Volkszeitung“ und das „Mainzer Tageblatt“ sind vom 12. Februar ab auf drei Tage verboten worden wegen Veröffentlichung einer Lokalnotiz über die Beschlagnahme von Geldern, die für rückständige Löhnungen usw. an die streikenden Eisenbahner bestimmt waren. In der Veröffentlichung erblickt der Oberdelegierte der Rheinlandskommission eine tendenziöse Entstellung, da die beschlagnahmten Gelder (ca. 61 Millionen) in Wirklichkeit Streikunterstützung dargestellt hätten.

Die Folgen der Beschlagnahme von Krankenhäusern.

Berlin, 12. Febr. In einem von dem „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlichten, von authentischer Seite stammenden Bericht über die Lage, die durch die französische Beschlagnahme von 210 Krankenhäusern in den städtischen Krankenanstalten in Essen geschaffen worden ist, werden die Folgen des bisherigen Eingreifens in den Betrieb der Krankenhäuser folgendermaßen charakterisiert: Die Augen-, Ohren- und Nasenklinik ist derartig beschränkt worden, daß ein ordnungsmäßiger Betrieb nicht mehr möglich ist. Ebenso ist jegliche Krüppelfürsorge bis auf weiteres unmöglich. Die Unterbringung von Infektionskranken kann nicht mehr sachgemäß durchgeführt werden. Wenn nur noch wenige Fälle ansteckender Krankheiten hinzukommen, sind die Krankenanstalten nicht mehr in der Lage, die Infektionskranken unterzubringen, sodaß die Gefahr besteht, daß diese Kranken in ihren Wohnungen bleiben müssen und zur Ausbreitung einer Epidemie beitragen.

Die Stilllegung des Kohlenbergbaus und der Schifffahrt.

Essen, 12. Febr. Ueber die Wirkungen der Kohlenblockade meldet die „Bergwerkszeitung“, daß sie durchaus nicht die von den Arbeitern erwartete schnelle Wirkung gehabt habe. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß der Ruhrbergbau auch die Kohlenblockade weit länger ertragen kann, als man selbst auf deutscher Seite angenommen hat. Ueber die Lage der Schifffahrt auf dem Rhein und der Ruhr wird mitgeteilt, daß die deutschen Reedereien ihre Dampferpartys vollständig stillgelegt haben. Der Schlepperverkehr von Duisburg aus bergwärts beschränkt sich daher nur auf die wenigen Schleppdampfer, die unter französischer Flagge fahren. Der größte Teil dieser Dampfer liegt aber auch außer Betrieb. Der Ripperbetrieb in den Ruhrhäfen ist vollständig eingestellt worden. Aus dem Rhein-Verne-Kanal kommen keine Schiffe mehr heraus, da die Kanalschlepper den Dienst eingestellt haben. Auch die Schleusen werden nicht mehr bedient.

Der Umfang des besetzten Ruhrgebiets.

Berlin, 10. Febr. Das „B. L.“ meldet aus Essen: Das von den Franzosen besetzte Ruhrgebiet umfaßt 14 Stadt- und 9 Landkreise mit 3 177 637 Einwohnern. Von 1242 Kilometern, die das Ruhrgebiet an den Bahnstrecken besitzt, sind bisher zwei Strecken in Länge von 70 Kilometern von den Franzosen militarisiert worden.

Die Maßnahmen auf die französische Industrie.

Paris, 12. Febr. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Le Troquer, hatte vorgestern Abend mit Vertretern des Kohlenbaus und der Metallindustrie eine Besprechung über die Maßnahmen, die die Vorgänge im Ruhrgebiet auf ihre Betriebe ausüben.

Die Streikbewegung in der französischen Arbeiterschaft.

Paris, 12. Febr. Nach einer Havasmeldung aus Nîmes hat die Gewerkschaft der kommunistischen Bergarbeiter von Alais durch Aufrufschlag den Generalstreik für den 18. Februar proklamiert, da die Grubenbesitzer auf das Verlangen nach Lohnerhöhung nicht geantwortet haben.

Englische Stimme über angebliche Stimmung in Frankreich.

London, 10. Febr. „Daily Express“ berichtet aus Paris, die dort herrschende Unzufriedenheit über die negativen Ergebnisse der Ruhrbesetzung werde täglich deutlicher. Die Besetzung, die zuerst begeistert unterstützt wurde, werde immer mehr mit Zweifel und Argwohn angesehen. Niemand in Frankreich glaube, daß die Entsendung von annähernd 5000 Transportfreiwilligen in das Ruhrgebiet das Problem lösen könne.

Mussolini über Italiens Politik.

Rom, 11. Febr. Ministerpräsident Mussolini erklärte gestern in der Kammer, trotz der Desorganisation im Bergbau und im Verkehrsleben des Ruhrgebiets würden dank der von den französischen und belgischen Behörden erteilten Erlaubnis die Kohlenlieferungen an Italien — wenn auch in verringertem Maße — fortgesetzt. Auch die deutsche Regierung habe die Zusammenstellung von Kohlenzügen für Italien außerhalb des besetzten Gebiets angeordnet und lasse sie teils über Innsbruck, teils über die Schweiz nach Italien leiten. Die italienische Regierung habe übrigens alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um einer eventuellen Verschlechterung in der Kohlenlieferung Italiens vorbeugen zu können. Italien habe verhindert und werde auch weiterhin verhindern, daß die Ereignisse im Ruhrgebiet katastrophale Rückwirkungen in den Donauländern ausüben. Italien habe in der Ruhrgebietsfrage keine andere Politik verfolgen können. Eine Geste, wie Teile der linksstehenden Parteien sie gewünscht hätten, würde vollkommen unnütz gewesen sein. Sie würde Frankreich nicht verhindert haben, ins Ruhrgebiet einzurücken und vielleicht den Widerstand Deutschlands verstärkt haben. Auch eine Vermittlung sei unmöglich gewesen, denn man könne nicht ohne Aufforderung oder Zustimmung dazu vermitteln. Im übrigen habe England sich darauf beschränkt, an der Ruhraktion nicht teilzunehmen, sei aber in seiner abweichenden Auffassung nicht soweit gegangen, seine Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen. Bisher habe Frankreich Italien nicht darum erlucht, seiner Solidarität mit ihm stärkeren Ausdruck zu verleihen. Es sei klar, daß Italien sich in einem solchen Falle vorbehalten würde, den ganzen Komplex der Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder zur Diskussion zu stellen (!) Anschließend daran sprach Mussolini über den Vertrag von Santa Margherita, den die Kammer dann annahm, worauf sie sich bis auf weiteres vertage. — Die Ausführungen Mussolinis besagen nichts weiteres, als daß Italien auch dieselbe Politik verfolgt wie England: Man läßt Frankreich gewähren und macht Zugeständnisse in der deutschen Frage, wenn man von Frankreich auf anderen Gebieten solche erhält. Die Hoffnung auf Italien dürfte also, wie wir stets betont haben, auch verfehlt sein.

Der Kölner Bischof über die Lage im Ruhrgebiet.

Köln a. Rh., 11. Febr. Der Sonderberichterstatter mehrerer großer Organe der italienischen Volkspartei, Gustavo Traglia, hatte, der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge, vor einigen Tagen eine Unterredung mit dem Kardinal Schulte über die Lage in Rheinland-Westfalen. Der Kardinal erklärte: Das deutsche Volk wird Widerstand leisten. Sein Opfermut und sein Heroismus sind wirklich bewundernswert. Wir wollen keine Zwischenfälle hervorzurufen, aber wir wollen uns auch ungerechter Unterdrückung nicht beugen. Bei meinem jüngsten Besuch in Essen konnte ich feststellen, daß der Geist des Widerstands unter den Arbeitern täglich stärker wird. — Auf die Frage, ob dieser Geist die Gefinnung nur der einen Klasse oder die des ganzen deutschen Volks darstelle, antwortete der Kardinal: Er stellt die Gefinnung des ganzen deutschen Volkes dar. Das deutsche Volk hat keinerlei Kriegsgeanken. Deutschland ist heute friedlich. Keinerlei Entfaltung militärischer Macht kann heute Eindruck auf uns machen. Im Bewußtsein seines guten Rechts ist Deutschland bereit, in seinem passiven Widerstand auszuharren. Die Franzosen behaupten, daß die Arbeiter auf ihrer Seite und die Bergarbeiter gegen die Eisenbahner seien. Das ist nicht wahr. Unsere Arbeiter, welcher Kategorie auch immer sie angehören mögen, sind vor allem deutsch. Sollte durch einen Eisenbahnerstreik in der Rheinprovinz Knappheit an Lebensmitteln hervorgerufen werden, so werden die Bergarbeiter allein den Streik fortführen. Die Eisenbahner müßten und würden die Arbeit wieder aufnehmen, um der Bevölkerung die Lebensmittelversorgung zu sichern. — Auf die Frage, welches die Politik der Franzosen sei, ob sie eine rheinische Republik proklamieren wollten, antwortete der Kardinal: Sicherlich wird irgend ein Versuch in dieser Richtung gemacht werden, aber er wird nicht gelingen, weil hier niemals ein Gedanke an Separatismus bestand und alle sozialen Klassen deutsch fühlen. Die Ausrufung einer rheinischen Republik würde auf den Widerstand aller Parteien stoßen. Die Massen sehen auf die Separatisten mit Verachtung herab. Wir empfehlen unserem Volk, so schloß der Kardinal, die Verwerfung jeden Gedankens an Rache und jeden kriegerischen Widerstands.

Der belgische Sozialistenführer zur Lage.

Paris, 10. Febr. Der belgische Sozialistenführer Vandervelde, hat dem Korrespondenten des „Deure“ gegenüber über die Rundgebung ausgesprochen, die der französische Sozialistenkongress in Lille unter Mitwirkung ausländischer Sozialisten veranstaltet hat. Vandervelde legt dem Eingriff des Völkerverbands Bedeutung bei. Sein Reparationsprogramm sei folgendes: Es müsse zu einer Festsetzung der deutschen Schuld kommen, wobei diese auf das herabgemindert werden müsse, was die Reparationsanträge der verwüsteten Gebiete erfordern. Dann sei die deutsche Auslandsschuld auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Die deutsche Inlandsschuld sei infolge der Entwertung der Mark so gut wie auf nichts herabgesunken.

Deutschlands Industrie sei nach wie vor mächtig. Sein Kredit werde nach dieser Regelung mit einem Male wieder hergestellt sein und sofortige Zahlungen an Frankreich und Belgien seien möglich. Solange dagegen die deutsche Schuld praktisch unbegrenzt bleibe, weil sie auf die eklatante Ziffer von 132 Milliarden Goldmark festgesetzt sei, werden die Deutschen alles Erdenkliche tun, um sich aller Zahlungen zu entziehen. Werde die deutsche Schuld dagegen herabgesetzt, beispielsweise auf 50 Milliarden Goldmark, dann hätte Deutschland das stärkste Interesse daran, seine Verpflichtungen zu erfüllen, um die militärische Besetzung los zu werden.

England will keine Ruhrkohl durch seine Besatzungszone lassen.

London, 10. Febr. (Reuter.) Die britische Regierung erteilte auf die Anfrage der französischen Regierung, welche Erleichterungen für die Durchfahrt von Zügen mit Reparationskohle vom Ruhrgebiet im Falle eines Generalstreiks auf den deutschen Bahnen von den englischen Besatzungsbehörden gewährt werden könnten, da die Hauptlinie vom Ruhrgebiet durch die von englischen Truppen besetzte Zone führe, bisher noch keine Antwort. — Die amtlichen Londoner Kreise sind der Ansicht, daß die beiden Linien, die vom Ruhrgebiet nach Frankreich führen, ohne die britische Zone zu berühren, mit Leichtigkeit für den gegenwärtigen täglichen Kohlenverkehr genügen würden und drücken die Hoffnung aus, daß die französischen amtlichen Stellen die Schwierigkeiten, denen die britischen Behörden sich im Rheinland gegenübersehen, nicht dadurch vermehren werden, daß sie auf ihrer Forderung auf Durchlaß von Kohlenzügen durch das britische Gebiet bestehen. — So „tragisch“ wird man diese Meinungsverschiedenheit nicht nehmen dürfen.

Die englische Schankpolitik.

London, 10. Febr. „Daily Telegraph“ berichtet, daß in der gestrigen Sitzung des britischen Kabinetts die Lage im Ruhrgebiet und die Maßnahmen, die auszuführen werden würden, wenn die Lage der britischen Garnison in Köln durch die Entwicklung in den benachbarten Zonen schwieriger gestaltet werden sollte, erörtert wurden. Die Meinungen innerhalb des Kabinetts sei während der letzten Tage geteilt gewesen. Die Berichte aus dem Ruhrgebiet zeigten, daß in der allgemeinen Lage keine wesentliche Änderung vor sich gegangen sei.

Zum Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 11. Febr. Infolge des Bergarbeiterstreiks sieht sich die französische Grubenverwaltung gezwungen, den erzeugten elektrischen Strom für die Gruben zu reservieren und die Versorgung der übrigen Stromabnehmer einzustellen.

Zur auswärtigen Lage.

Die Haltung der Türken.

Bukarest, 10. Febr. Die türkische Delegation zur Lausanner Konferenz ist unter Führung Ismed Paschas hier eingetroffen. Sie begibt sich am Dienstag über Constanza nach Angora. Wie die Telegraphenagentur Orient-Radio meldet, erklärte Ismed Pascha einem Berichterstatter: Die Unterbrechung der Lausanner Konferenz wurde durch die Verschiedenheiten in der Beurteilung der finanziellen und rechtlichen Fragen veranlaßt. Er hob dabei hervor, daß diese Fragen die einzigen waren, in denen seitens der türkischen Delegierten Einwände gemacht wurden. In der Woffulfrage sei man zu einer Vereinbarung gekommen. Ismed Pascha betonte weiter, daß die Abreise der türkischen Delegation von Lausanne nicht als definitiv angesehen werden könne, da ihr von den alliierten Mächten eine amtliche Benachrichtigung über den Schluß der Konferenz nicht zugegangen sei. Die Gefinnungen der Türkei seien durchaus friedlich, was keineswegs bedeute, daß sie eine Mißachtung ihrer Rechte hinnehmen würde. Die Türkei müsse daher die Verantwortung für zukünftige Ereignisse ablehnen.

Irland als „Frei-Staat“.

London, 9. Febr. James Mac Neill ist in London einbezogen, um das Amt des Oberkommissars des britischen Freistaats zu übernehmen. Damit ist die Stellung des irischen Freistaats die gleiche wie die zwischen den anderen britischen Dominions und der Reichsregierung.

Bermischtes.

Die Frage der Wohnungsabgabe.

Berlin, 10. Febr. Der Wohnungsausschuß des Reichstags hat die Wohnungsabgabe endgültig auf das Dreifache der Friedensmiete festgesetzt. Davon soll ein Beitrag von 40 Mark auf den Kopf der Bevölkerung in einen Ausgleichsfonds abgeführt werden.

Si t moro.

Berlin, 10. Febr. Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers“ wurde gestern nachmittag in einer Likörstube in Friedenau an einem Butterhändler ein raffiniertes Giftmord verübt. Der Händler hatte in der Likörstube die Bekanntschaft einer 32jährigen Kontoristin gemacht, dieser von seinen glänzenden Geschäften erzählt und seine Briefstasche mit einer größeren Barsumme vorgewiesen. Darauf hatte das Mädchen aus einer Apotheke für 4000 Mark Medizin, und zwar, wie die Kriminalpolizei feststellte, Opium, holen lassen und dieses in bittere Schnäpse gemischt. Bald darauf sank der Händler bewußtlos zu Boden. Das Mädchen, das plötzlich verschwunden war, konnte auf der Straße festgenommen werden. Es hat seinem Opfer anscheinend den größten Teil des Geldes geraubt.

Ein

London
folge einer
122 Berga
schaften b
Nachrichten

Clara M
fehlt über d
„Gartenlau
„Seit ein
allen Seiten
Milliardä
lösen und
der Fifth
Berlin sein
Reichen de
Häuser an
einmal Bo
auch sehr
fahrt erlei

Zeh selbst
gibt deren
bei uns nid
nung von 1
Bade- und
son und fl
kann vom
den. Es gl
Der Bl
Stroße um
hoch hinau
kleine Zeit
Ein tief g
grün und
— alles S
Und da
Unbeschie
hat die St
scheinbar
haste bun
sieht man
ligen Licht
Straßenzei
schwüben
die bunten
Ja, die
Dort die
mobilit. M
haben, ein
werden me
Frauen un
gleitet un
mobilen.
ist es, als
zwischen b
Elektrische
überqueren
ziger Stra
fahren und
teute, farb
Auch auf
bahnen wi
Wie ist
land laun
scheint über
so‘alen all
alles habe
zur Tasse
gerichtete

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

1)

mächtig. Sein Kre-
einem Male wieder
an Frankreich und
die deutsche Schuld
die eskalante Ziffer
seht sei, werden die
h aller Zahlungen zu
dagegen herabgesetzt,
Danz, dann hätte
seine Verpflichtun-
Besetzung los zu wer-

Ein Bergwerkunglück in Nordamerika.

London, 10. Febr. Reuter meldet aus Denver: In-
folge einer Explosion im Steinkohlenbergwerk Dawson sind
122 Bergarbeiter verschüttet worden. Die Rettungsmann-
schaften bargen bisher 100 Tote. Weitere unbestätigte
Nachrichten sprechen von 400 Toten.

Wie man in New-York lebt.

Clara Kahl, eine unserer bekanntesten Schriftstellerinnen, weist
jetzt über dem großen Wasser und erzählt im neuesten Heft der
„Gartenlaube“ über ihre Eindrücke in New-York:

„Seit einiger Zeit sehe ich mir das von oben, unten und von
allen Seiten an. Wenn ich, von oben“ sage, so darf niemand an
Milliardäre denken. Sie wohnen in ihren teils recht geschmack-
losen und häufig ganz schmalen engbrüstigen Häusern dicht an
der Fifth Avenue, einer Straße, die mit der Tiergartenstraße in
Berlin keinen Vergleich aushalten kann. Ich stellte mir vor, die
Reichen der Fifth Avenue hätten erlesen schöne Villen. Nein, die
Häuser an der Fifth Avenue haben mit wenig Ausnahmen nicht
einmal Vorgärten. Dafür haben die Reichen große und gewöhn-
lich sehr schöne Landhäuser, die sie in 5-8 Stunden Automobili-
fahrt erreichen können...

Ich selbst wohne im 15. Stock, einer Art Siegestacke. Es
gibt deren viele. Sie sind fast alle eine Art Hotels, wie man sie
bei uns nicht kennt. Man kann möblierte und unmöblierte Woh-
nung von 1-4 Zimmern in ihnen haben. Jede Wohnung hat ein
Bade- und Ankleidezimmer, eine Garderobekammer, ein Tele-
fon und fließendes warmes und kaltes Wasser. Jede Wohnung
kann vom unten gelegenen Restaurant ins Zimmer bestellt wer-
den. Es gibt langjährige Mieter in diesen Häusern...

Der Blick von meinem 15. Stock aus zeigt die mächtige Stadt
Straße um Straße, Block um Block, immer durchbrochen von den
hoch hinaufstrebenden Bauten. Kein Gewirr, keine trumme,
keine Zeichnung! Alles klar und sicher und wundervoll farbig!
Ein tief glühendes Rot herrscht vor, dazwischen Braun, Grau-
grün und Violet. Kein Baum, keine Blume, nicht einmal Vögel
— alles Stein, alles Linie, Farbe.

Und darüber der perlgraue Himmel des Indianersommers.
Unbeschreiblich schön wird es, wenn alle Lichter brennen. Dann
hat die Stadt ungeahnte Reize. Oben im durchleuchteten Grau,
scheinbar ganz ohne Zusammenhang mit der Erde, stehen riesen-
hafte bunte Schriftzeichen und Bilder der Reklame. Allmählich
sieht man die Konturen, gigantische Umrisse, Flächen mit unzäh-
lichen Lichtern besetzt. Die vielen, vielen erleuchteten Fenster!
Straßenzeilen voll Leben und Farbe, weit fort im Dunst ver-
schwindend, und unaufhörlich die Scheinwerfer der Automobile,
die bunten Lichter, die den Verkehr regeln...

Ja, diese Automobile! Die und die Hochbauten geben New
York die eigene Note. Jeder sechste New Yorker hat ein Auto-
mobil. Man kann ja für 250 Dollar schon einen eigenen Wagen
haben, ein entzückendes Stadtcoupe für 395 Dollar. Die Wagen
werden meist von den Besitzern selbst gefahren, sehr häufig von
Frauen und jungen Mädchen. In allen Hauptstraßen New-Yorks
gleitet ununterbrochen rechts und links eine Kette von Auto-
mobilen. Wenn man von einem hohen Gebäude herabsieht, so
ist es, als ob die Straßen von großen Tieren wimmelten. Da-
zwischen bewegen sich die großen Omnibusse, Geschäftswagen und
Elektrischen ruhig und exakt. Es ist leichter, den Broadway zu
überqueren als in Berlin den Kurfürstendamm oder die Leip-
ziger Straße. Einmal wird rücksichtslos und vollendet gut ge-
fahren und dann ist die Regulierung des Verkehrs durch Schutz-
leute, farbige Scheiben und bunt wechselnde Bilder vorbildlich.
Auch auf den Autobussen, in den Elektrischen und Untergrund-
bahnen wickelt sich der Verkehr ruhig und gefahrlos ab.

Wie ist nun der New Yorker? Ausgezeichnet, wie in Deutsch-
land kaum in Vorkriegszeiten. Die eigene Haushaltsführung
scheint überflüssig. Das innere New York ist überfüllt von Speise-
lokalen aller Art. In den verschiedensten Restaurants kann man
alles haben, was man will, von den raffiniertesten Speisen bis
zur Tasse Kaffee mit Sandwich. Es gibt auch vorzüglich ein-
gerichtete Restaurants mit Selbstbedienung. Das alles sind keine

Luxusstätten, die es natürlich auch gibt. Mir kommt es darauf
an, zu zeigen, wie ein gebildeter Mensch, der im Erwerbsleben
steht, leben kann. Er kann mit fünf Dollar am Tag sehr gut
auskommen. Zwei Dollar für die Wohnung, zwei Dollar für
die Beköstigung und einen Dollar für laufende Nebenausgaben.
Doch wer die Amerikaner kennt, der weiß genau, daß es nicht so
leicht ist, diese fünf Dollar täglich einzunehmen. Die Hoch-
achtung vor dem Gelde ist hier grenzenlos; man trennt sich schwe-
ren Herzens von ihm. Es ist eine Wahnvorstellung, daß
Geld hier auf der Straße liegt. Man muß Tüchtiges leisten und
für den Anfang Beziehungen und Freunde haben, sonst hat man
keine Aussicht, Fuß zu fassen.

**Wer Verwandte, Freunde und Bekannte im Ausland
hat, sende ihnen deutsche Zeitungen, Sorge jeder
in seinem Teil dafür, daß deutsche Blätter im Aus-
lande die weiteste Verbreitung finden, denn jedes ein-
zelne Blatt kann dort deutschem Interesse dienlich sein.**

Aus Stadt und Land.

Calw, den 12. Februar 1923.

Der Opferwille des deutschen Volkes.

Der Geschäftsstelle des Deutschen Volksoffiziers stehen bis
zur Stunde neben einer Anzahl Devisen rund 1,6 Milliar-
den Papiermark zur Verfügung. Nicht etabliert sind in
diesem Betrag die bei den Sammelstellen und vielfach ge-
bildeten Landesauschüssen noch vorhandenen Beträge. Eben-
so stehen Sendungen aus dem Ausland noch aus. Die
Franzosen haben in dem besetzten Rheinland den Ausruf
des Aufrufs der Reichsregierung und der Regierungen der
Länder verboten. Die Mittel sind nicht nur dem Ruhrge-
biet, sondern auch dem altbesetzten Gebiet am Rhein zugute
zu kommen bestimmt, wo nach den bisher vorliegenden Mit-
teilungen die durch den Einbruch der Franzosen und Bel-
gier entstandenen Räte zurzeit vielfach größer sind als im
eigentlichen Ruhrgebiet. Der in dem Aufruf erwähnte
Vertrauensauschuss des Deutschen Volksoffiziers wird in den
nächsten Tagen zusammentreten und endgültige Beschlüsse
über die Verwendung der Mittel fassen. Erhebliche Mittel
sollen zur Ergänzung der sehr weitherzigen öffentlichen
Hilfe in den Fällen dienen, in denen diese nicht ausreicht.
Zwischen dem Deutschen Volksoffizier und der Ruhrhilfe, die
die Wirtschaft geschaffen hat, und welche auch die freiwillig
in Abzug gebrachten Löhne und Gehälter in sich begreift, ist
enges Einverständnis hergestellt worden. Von der Land-
wirtschaft sind bis Mittwoch 400 Waggons freiwillig ge-
spendeter Lebensmittel nach der Ruhr abgerollt worden.

Allgemeiner deutscher Beamtenbund und Beamtentlassungen.

Der Landesauschuss Württemberg des Allgemeinen deutschen
Beamtensbundes hat wegen der Entlassung von Beamten eine
Entscheidung gefaßt, in der es heißt: „Auf Antrag der Reichs-
gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, Lan-
desstelle Württemberg, beziehe sich der Landesauschuss des All-
gemeinen deutschen Beamtenbundes mit dem Erlaß des Reichs-
verkehrsministers vom 12. Januar 1923, der die Entlassung von
rund 13 000 Beamten vorsah. In einer Einspruchsschlichtung

wird erklärt, daß der Landesauschuss in diesem rücksichtslosen
Vorgehen einen Angriff auf das Berufsbeamtentum und eine
Herausforderung der Gewerkschaften erblicke. Der Reichsver-
kehrsminister habe sich über die Bedeutung des öffentlich-recht-
lichen Dienstvertrages der Beamten hinweggesetzt und dadurch
nicht nur die Lebensinteressen des einzelnen zu entlassenden Be-
amten, sondern der ganzen Beamtenschaft verletzt. Es sei festge-
stellt, daß die größte Zahl der zu entlassenden Beamten durch
Hilfskräfte wieder ersetzt werden müßten und durch die notwen-
dige Einstellung dieser ungeübten und nicht vorgebildeten Kräfte
eine dauernde finanzielle Entlastung nicht in Frage komme.“

Industriespionage des Feindbundes.

Die „Württ. Industrie“ schreibt: „Zeitungsnachrichten zufolge
versuchen Offiziere früherer Feindstaaten unter Berufung auf
die im Friedensvertrag der interalliierten Militärkontrollkom-
mission eingeräumten Befugnisse, sich Eingang in industrielle Be-
triebe zu verschaffen. Diese Meldungen geben uns Veranlassung,
diejenigen Firmen, die im Zusammenhang mit der industriellen
Ausrüstung der Kontrolle durch die interalliierte Militärkontroll-
kommission ausgesetzt sind, darauf hinzuweisen, daß sie solchen
Offizieren, die nicht in Begleitung eines deutschen Verbindungs-
offiziers erscheinen, im eigenen Interesse den Eintritt in die Be-
triebe verweigern. Wir bitten die Firmen, gegebenenfalls dem
Verband Württ. Industrieller, Handelshof Stuttgart, von der-
artigen Vorkommnissen Mitteilung zu machen.“

Nachforderung der Abonnementsgebühren.

Die Landwirtschaftliche Korrespondenz schreibt: Die Zei-
tungsverlage sind in letzter Zeit wiederholt gezwungen gewesen,
im Laufe eines Vierteljahres auf die zum voraus bezahlten
Bezugsgebühren für die Zeitungen Nachforderungen zu erheben.
Diese Nachforderungen hatten ihre Berechtigung darin, daß Pa-
pierpreise, Materialpreise und Löhne im Lauf des Vierteljahres
unvorhergesehen sich steigerten, sobald es nicht möglich war, mit
den auf Quartalsanfang erhobenen Vierteljahrsgebühren aus-
zukommen. Viele Leser haben sich der Notwendigkeit, diese nach-
erhobenen Beträge zu bezahlen, verschlossen und haben so das
Erscheinen ihrer eigenen Zeitung in Frage gestellt. Haupt-
sächlich vom Land werden solche Erscheinungen klagend berichtet.
Der Landwirtschaftliche Hauptverband steht auf dem Stand-
punkt, daß der Bauer die Zeitung, die ihm alles Wissenswerte
hauptsächlich auch in wirtschaftlichen Dingen mitteilt, nicht im
Stich lassen soll, wenn sie gezwungen ist, unter dem Druck der
Verhältnisse die ihr zukommenden Gebühren der Selbstver-
wertung anzupassen. Die Pressearbeit des Landw. Hauptverbandes
wird sehr erwünscht, oft sogar unmöglich gemacht, durch diese un-
verständliche Ablehnung wirklich berechtigter Forderungen. Der
Einfluß auf eine Presse haben will und wer besondere Leistungen
von ihr verlangt, der muß seine Forderungen mindestens
durch eine vollbezahlte Abonnementsquittung legitimieren kön-
nen. Wenn man die zur Erhebung kommenden Nachforderungen
ins Verhältnis bringt zu der allgemeinen Selbstverwertung, so
sind diese Beträge für den einzelnen Landwirt so lächerlich ge-
ring, daß es blamabel wäre für den ganzen Stand, wollte auch
nur ein Bauer aus diesem Grund auf den Weiterbezug seiner
Zeitung verzichten. Andererseits aber sind die kleinen Einzel-
beträge verkaufsfähig für die Zeitungsverlage Summen, ohne
deren Besitz sie ihre Betriebe und ihre Zeitungen nicht auf der
wünschenswerten Höhe halten können. Es ist deshalb nicht nur
billig, sondern auch klug von unseren Landwirten, wenn sie ihre
Presse in dieser Zeit der Not sich verpflichten.

Landtag.

(S. 3.) Stuttgart, 8. Febr. Im Landtag gab es heute zum
Kapitel 80 des Finanzetats (Ablösung der Zivilliste) längere
und nicht gerade erquickliche Auseinandersetzungen über die Frage
einer Erhöhung der der Herzogin Charlotte zustehenden Rente.
Während sich die Regierung und die Mehrheit des Finanzaus-
schusses auf den Standpunkt gestellt hatten, daß die Rente als
eine staatsrechtliche Pension anzusehen und demnach ebenso wie
die Beamtengehälter zu erhöhen sei, wurde dies von kommunisti-
scher und sozialdemokratischer Seite bestritten mit der Begrün-

Uhrklohe ne lassen.

Die Regierung erteilte
ung, welche Erleichter-
Reparationskosten vom
auf den deutschen Bah-
den gewährt werden
let durch die von eng-
er noch keine Antwort.
Ansiht, daß die bei-
reich führen, ohne die
eit für den gegenwärt-
ürden und drücken die
den Stellen die Schwie-
h im Rheinland gegen-
en, daß sie auf ihrer
en durch das britische
man diese Meinungs-

Politik.

ph“ berichtet, daß in
abinetts die Lage im
ausgeführt werden
Garnison in Köln
Garten Zonen schwie-
wurden. Die Mei-
während der letzten
aus dem Ruhrgebiet
ge keine wesentliche

Saargebiet.

es Bergarbeiterstreik
tung gezwungen, den
Gruben zu reservieren
romabnehmer einzu-

Lage.

Legation zur Deufan-
des Paschas hier ein-
über Constanza nach
Orient-Radio mel-
lichterfakten: Die Un-
wurde durch die Ver-
er finanziellen und
ob dabei hervor, daß
nen seitens der tür-
t wurden. In der
einbarung gekommen.
Abreise der türkischen
initio angesehen wer-
Mächten eine amtliche
Konferenz nicht zu-
Türkei seien durchaus
sie eine Mißachtung
Türkei müsse daher
reignisse ablehnen.

Staat.

ill ist in London ein-
missars des britischen
ist die Stellung des
die zwischen den ande-
Reichsregierung.

Wahlgesetz.

auschuss des Reichs-
dgültig auf das Drei-
Davon soll ein Bei-
Bevölkerung in einen

Meldung des „Lokal-
in einer Likörstube in
ein raffiniertes Gift-
der Likörstube die Be-
in gemacht, dieser von
und seine Briefstube
wiesen. Darauf hatte
4000 Mark Medizin,
stefelte, Opium, holen
gemischt. Bald dar-
Boden. Das Mädchen,
de auf der Straße fest-
Opfer anscheinend den

Das Eulenhäus.

Roman von E. Marlitt.

1.

Die Goldregen- und Syringenbüsche in den Hofwinkeln des
Geroldshofes Gutes frohten heuer von Dolden und Trauben; das
Brunnenwasser fürzte, durchfunkelt vom jungen Raifonnenlicht,
mit kräftigem Getöse in den Steintrog, und auf den Stalls und
Scheunendächern lärmten die Spagen. Es schien, als blühe, dufte
und lärmte es heute stärker als je auf dem Geroldshofe, so recht
wie im Gefühl der Heimatsfreude, denn die Büsche, der Brunnen
und das alte Sperlingsgeschlecht in seinen Nesterhöhlen, verrot-
teten Nestern, sie blieben ja da, sie wurden nicht vertrieben, wie
die aufgeschreckten Spinnen und Motten hinter forgerückten ur-
alten Schränken und Truhen im Gutshause. Ja, schlumm genug
sah es aus da drinnen, fast wie im Kriege: so zahl waren die
Wände und ein so wildes Durcheinander lag und stand auf den
Dielen des Speisezimmers! ... Da war nichts von dem, was brave
Hausfrauen in den Wäschepinden und Bettkammern und ihre
Cheferren an Haus-, Silber- und Jagdgerät aufgesammelt hat-
ten, das nicht in diesen Saal mußte, um sich von fremden kalt-
prüfenden Augen anschauen zu lassen und nachher auf weit aus-
einanderlaufenden Wegen gestreut und aus aller Gemeinschaft
gerissen in die Welt zu wandern.

Wie sie beleidigend durch die offenen Saalfenster heraus-
klang, die wie mit diesem Möbel- und Bücherstaub belegte Ge-
richtschreiberstimme bei ihrem eintönigen „Zum ersten, zum zwei-
ten usw.“! Es war fast zum Bewundern, daß nicht einer der
alten Gestränge seinen jahrhundertelangen Schlaf abschüttelte,
um bei dieser Stimme mit dem Nachdruck „von Rechts we-
gen“ protestierend aus dem unterirdischen Eingewölbe der
nahen Hauskapelle herauszufahren. Da drunter schlüpfte ja so
manche Männerhaut, die einst kräftig dreingeschlagen, um das,

was sie an Hab und Gut erworben oder vielleicht auch sich ge-
waltig angeeignet, mit Mord und Totschlag zu behaupten.
Aber der letzte Besitzer von Geroldshof, dem jetzt alles, was nicht
niet- und nagelfest war, so vor den Augen weggeschleppt wurde,
hatte gekümmertes Blut in den Adern. Er war ein edel schöner
Mann mit verschleierte blickenden Augen, mit einer Stirn, die
das Sinnen und Grübeln falkete und zugleich verklärte.

Er sah in seiner Stille, just in dem Winkel gelegenen Hinter-
stube, wo sich das Syringengebüsch hoch bis über das Fenster
hinaufreckte. Die weißen und blauen Wollentrüben klopfen bei
jedem Windhauch schaukelnd an die Scheiben, die, fest geschlossen,
den Versteigerungslärm vom Speiseaal her ziemlich erfolgreich
abwehrten und nur ganz vereinzelte, schwache Laute herüber-
klingen ließen.

Herr von Gerold schrieb an einem Tisch von Fichtenholz, den
man ihm großmütig aus der Konkursmasse überlassen. Für ihn
war es offenbar nicht von Belang, daß sein Manuskript jetzt auf
der wellgeschauerten Platte eines Gefindelsches lag; sein Geist,
der Augenwelt abgewandt, vertiefte sich in Probleme, während
die Hand kleine, weicher schwimmende Schriftzüge auf das Pa-
pier warf; und nur dann wurde sein Aufblick bewußter und so
etwas wie liebevolle Freude an einem plötzlich auftauchenden
Kindergezicht glitt über seine Züge, wenn die Syringenblüten
draußen ihm zunickten.

Es war aber außer ihm noch jemand im Zimmer, ein kleines,
blasses, blondhaariges Mädchen, das sich in eine der Fensterenden
gedrückt hatte. Dem kleinen Ding lag etwas genau so am Her-
zen, wie dem schreibenden Mann dort sein Manuskript — die
Spielkameraden. Es hatte in dem Winkel alles zusammenge-
schleppt, was ihm allein gehörte, ja, ganz allein! Das schönbe-
malte Porzellanfaßgeschloß für eine Kindergesellschaft hatte die
gute Hoheit geschickt, und alle Puppen, die Schleppeleiderdamen
wie die Schreierinnen, waren zu Geburtstag und Weihnachten in

langen Kisten angekommen, und auf die Bretterbedel hatte Tante
Klaudine allemal selbst geschrieben: „An die kleine Elisabeth
von Gerold“ — der Papa hatte es ja stets dem Kinde vorge-
lesen.

Nun sah diese kleine Elisabeth inmitten ihrer Reichtümer wie
in einem Nest, das jüngste Widelfind im Arm und die großen
Blauaugen sahen und ängstlich auf die Tür gehetzt, wo vorhin
die bösen Männer mit den letzten Wäldern und der schönen „Tid-
tadur“ hinausgegangen waren.

Sie packte leise beschwichtigend auf das Widelfinden; sonst
aber verhielt sie sich mäusefinkig; denn der Papa machte ja
immer ein so erschrecktes Gesicht, wenn sie ihn im Schreien
flüchte. Und es kam auch jetzt kein Laut aus ihrem Munde, als
plötzlich die geschnitzte Tür lautlos aufging; aber die Widelfin-
puppe glitt vom Schoße auf die Erde nieder, — die kleine dicke
Per'on erhob sich von ihrem Korbflüßchen, wackelte, so schnell es
die Reinken vermochten, durch das Zimmer und hob mit plötz-
strahlendem Gesicht die Arme zu der Dame empor, die einge-
treten war.

Ach, sie war gekommen, die Tante Claudine, die schöne Tante,
die dem Kinde vieltausendmal lieber war, als Fräulein Duval,
die Erzieherin, die immer zu den anderen Leuten im Saule ge-
setzt hatte: „Fl done, was für ein raures Haus! Nichts für
Claire Duval! — Ich gehe!“ Und sie war gegangen und war
gar nicht mehr gut und höflich zu dem Papa gewesen, und das
Kind hatte sich nachher die Wangen rein gerieben von Fräulein
Duvals kaltem, häßlichem Kuß ... Ja, das war nun freilich
anders, als jetzt zwei weiche Hände es sanft emporhoben und ein
süßer Mund es zärtlich küßte ... Und dann glitt die junge Dame
ebenfalls geräuschlos, wie sie gekommen, über die Dielen — nur das
dunkle Seidenkleid knisterte ein wenig — und legte die Hand
auf die Schulter des schreibenden Mannes.

(Fortsetzung folgt.)

ding, daß das Königshaus durch den Staatsvertrag endgültig abgefunden sei und daß es in die Pflichten der herzoglichen Familien falle, für die Herzogin Charlotte zu sorgen. Die Abgg. Dr. Baur (Ztr.), Dr. Mühlberger (Dem.) und Bides (D.V.) wandten sich ebenso wie der Abg. Bazille (B.P.) gegen die Aufassung der Linken, bedauerten den Ton, in dem über diese Taktfrage gesprochen wurde und letzterer stellte fest, daß jetzt, wo ein haßerfüllter Feind das deutsche Volk vernichten will, eine Regierungspartei nichts anderes zu tun habe, als Ausführungen zu machen, die unsere Feinde nur erfreuen können. Der Antrag auf Erhöhung der Rente wurde dann gegen die Stimmen der Linken angenommen, ebenso die Entschliebung, daß die Erben des Königs nun ihre vermeintlichen Ansprüche nicht weiter verfolgen sollen. Sodann begann die Beratung des Kulelats. Zu der Bitte des Abg. Dr. Baur (Ztr.) um Unterstützung des Umbaus des Priesterseminars wurde regierungsfällig erklärt, daß das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen sei. Ein Zentrumsantrag, die geplante Neuregelung der Grundgehälter der katholischen und evangelischen Geistlichen mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen, wurde angenommen. Im übrigen wurden die Kapitel 41—47 erledigt, während es zu Kap. 48 (Universität) wieder eine längere Aussprache gab, in der die Not der deutschen Wissenschaft betont, der Dank für die Studentenhilfe ausgesprochen und der kommunistische Vorwurf zurückgewiesen wurde, daß die studentische Jugend systematisch zum Klassenkampf gegen die Arbeiter erzogen werde. Morgen Fortsetzung der Beratung.

(S.C.B.) Stuttgart, 9. Febr. Der Landtag setzte heute vormittag die Debatte über Kapitel 48 (Landesuniversität) fort. Im Mittelpunkt der Erörterung stand ein Antrag des Zentrums, die außerordentliche katholische Professur für Geschichte in eine ordentliche zu verwandeln und eine katholische Professur für Philosophie in Tübingen zu errichten. Für den Antrag wurde von Dr. Baur (Ztr.) geltend gemacht, es sei doch kein Zufall, daß seit hundert Jahren auf die fragliche Professur kein Katholik berufen wurde. Die Frage müsse praktisch im Interesse des Schutzes der Minderheiten gelöst werden. Von gegnerischer Seite wurde ins Feld geführt, daß von einer Freiheit der Wissenschaft nicht mehr gesprochen werden könne, wenn etatsmäßige Professuren auf eine bestimmte Weltanschauung festgelegt werden. Auch Kultminister Dr. Sieber äußerte Bedenken vom Standpunkt der Freiheit der Wissenschaft. Der Kultminister kündigte im übrigen eine Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Universitätsprofessoren sowie der Assistenten an, dankte für die Studentenhilfe, bezeichnete manche äußerlichen Formen des Studententums als nicht mehr zeitgemäß und betonte die Notwendigkeit, die Universität wettbewerbsfähig zu machen, damit sie auch künftig ein Kleinod des Landes sei. Der Zentrumsantrag erforderte mehrere namentliche Abstimmungen. Zunächst wurde seine Überweisung an den Finanzausschuß abgelehnt, sodann der Antrag selbst mit 33 (Soz., Komm., Dem.) gegen 18 Stimmen (Ztr., 1 D.V.) bei 28 Enthaltungen (B.P., B.P., 2 D.V.). Die Rechtsparteien erklärten die Stimmenthaltung damit, daß die Möglichkeit näherer Prüfung gefehlt hat. Ein Eventualantrag, die beiden Professuren im nächsten Etat zu bewilligen, wurde gleichfalls abgelehnt und schließlich der Titel 1 des Kapitels 48, in dem die außerordentliche katholische Professur enthalten ist, von sämtlichen 79 Abgeordneten angenommen. Weiterhin wurden genehmigt Kapitel 49 (Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim), Kap. 80 b (Zuschuß zur Landesparafasse), Kap. 50 (Landw. Fachschulen) und Kap. 51 (Technische Hochschule). Bei letzterem gab es wieder eine Debatte, wobei einerseits Förderung der Leibübungen und Ausbildung des Couleur-Studententums sowie der Mensuren gefordert wurden, während andererseits den Studenten blöder Antisemitismus und Verächtlichmachung der Republik vorgeworfen, sowie die Auffassung vertreten wurde, daß das Mensurenwesen wenig zur körperlichen Ertüchtigung beitrage. Morgen Fortsetzung.

Ständig. Inferieren bringt Erfolg!

tismus und Verächtlichmachung der Republik vorgeworfen, sowie die Auffassung vertreten wurde, daß das Mensurenwesen wenig zur körperlichen Ertüchtigung beitrage. Morgen Fortsetzung.

Sommenhardt, 12. Febr. Eine Sammlung für unsere notleidenden Volksgenossen im Ruhrgebiet hat in der hiesigen Gemeinde (einschließlich Lüthenhardt und Reutheim) den schönen Betrag von 176 000 M. ergeben.

Dedenpfronn, 12. Febr. Die in hiesiger Gemeinde durch das Schultheißenamt vorgenommene Sammlung für die notleidende Bevölkerung des Ruhrgebiets hat einen überaus großen Erfolg gehabt. Es wurden 816 925 M. gespendet.

(S.C.B.) Neuenbürg, 10. Febr. Am Samstag früh brach in dem Anwesen der Christian Mepperschen Gerberei und Schlederfabrik Großfeuer aus, das in den aufgestapelten Gerbrindenvorräten reichlich Nahrung fand. Dank dem energischen Eingreifen der hiesigen Feuerwehr konnte das Feuer auf seinen Brandherd beschränkt werden. Der Schaden ist groß, die Entstehungsursache bis jetzt unbekannt.

(S.C.B.) Freudental, O.M. Besigheim, 10. Febr. Schultze a. D. Kübler erhielt in letzter Zeit von zwei Freunden in Amerika, zwei Freudentalern, 40 Dollar für hiesige Arme und 5 Dollar für ein Kriegerdenkmal; von der früheren Besitzerin des hiesigen Schlosses, zurzeit in Amerika, 10 Dollar zu gleichen Zwecken.

(S.C.B.) Pfaffenhausen, O.M. Bradenheim, 10. Febr. Am Freitag morgen fuhr der Zug der Zabergäubahn oberhalb von hier in eine Schafherde hinein, die aus dem neben der Bahn liegenden Pferd ausgebrochen war. Ungefähr 12 Mutterstübe wurden getötet und einige weitere verletzt, die notgeschlachtet werden mußten.

(S.C.B.) Raupheim, 10. Febr. Karl Rämmler in Newyork hat neuerdings seiner Vaterstadt 1500 Dollar (nach dem heutigen Kurse rund 50 Mill. Mark) zur freien Verfügung überwiesen.

(S.C.B.) Rünzelsan, 10. Febr. Bei der Versteigerung des Geschäftshauses von Gebr. Krüger in der Schnurgasse wurde das Anwesen um 11 Millionen M. zuzüglich aller Kosten und Steuern von einem Engländer gekauft.

(S.C.B.) Friedrichshafen, 10. Febr. Kriminalbeamte der hiesigen Polizeidirektion machten Wahrnehmungen über einen jungen Mann, die sie veranlaßten, sich seiner nach krimineller Art anzunehmen. Trotdem ihm nachgewiesen werden konnte, daß er eine Woche zuvor noch mittellos war, wollte er raffiniert den Besitz des bei ihm vorgefundenen Geldes rechtfertigen. Im Kreuzverhör stellte es sich dann heraus, daß es sich um einen jungen Dieb handelte, der in einem Orte in der Schweiz einige Tage vor seiner Festnahme auf dem Bettelgang Gelegenheit gefunden hatte, einen höheren Geldbetrag in Franken und Gold zu stehlen. Mit dem Raub schlich er sich sofort über die Grenze, um sich hier als reicher Mann sein Leben einzurichten. Er besaß annähernd 2 Millionen Mark und hatte sich flott eingekleidet. Nach den Feststellungen hatte er bereits nahezu 1 Million Mark verbraucht.

(S.C.B.) Friedrichshafen, 10. Febr. Unterlehrer Wilhelm Eisele machte mit einer größeren Gesellschaft einen Ausflug nach Wolfshagen. Bei der Heimkehr geriet er infolge der herrschenden Dunkelheit in die hochgehende Schussen, ohne daß es von seinen Begleitern gesehen wurde. Die an den letzten drei Tagen vorgenommenen Auffindungsversuche blieben erfolglos. Es muß angenommen werden, daß die wilden Wasser den Unglücklichen in rasendem Tempo dem Bodensee zugetrieben haben.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Bericht der Stuttgarter Börse.
(S.C.B.) Stuttgart, 9. Febr. Die Tendenz des amtlichen Verkehrs war fest, wenn auch teilweise Abgabeneigung vorhanden war. Bankaktien nicht einheitlich: Württ. Bankakt. — 1800 Pr. (9200), Hypothekbank + 100 Pr. (8000), Notenb. + 2500 Pr. (33 000), Vereinsb. — 500 Pr. (14 500), Brauereiwerte fest: Brauhaus Ravensb. + 880 Pr. (5800), Brauerei Ehlingen + 500 Pr. (7500), Hohenz. + 3000 Pr. (28 000), Textilwerte sehr fest: Kammgarn Bietigh. + 15 000 Pr. (60 000), Kolb u. Schüle + 5000 Pr. (40 000), Baumwolle Kuchen + 2000 Pr. (40 000), Württ. Kattun + 7000 Pr. (82 000). Maschinenwerte nicht einheitlich: Daimler — 1800 Pr. (22 200), Hesser — 400 Pr. (24 500), Nedarjulierer Fahrz. + 5700 (30 700), Metallwerte fest: Junghans + 5500 Pr. (67 000), Cement Heidelberg + 3000 Pr. (35 000), Sohner + 8000 Pr. (88 000), Stuttgarter Zuder — 1500 Pr. (24 000), Ziegel Ludwigsb. — 5000 Pr. (45 000). Der Freiverkehr war uneinheitlich und neigte zur Abschwächung.

Mehlpreis.
Die Süddeutsche Mühlenvereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 auf 250 000 M. ermäßigt.

Holzpreise.
(S.C.B.) Stuttgart, 9. Febr. Die Durchschnittserlöse der Staatsforstverwaltung vom Januar betragen: Für Nadelholzstammholz — Fichten und Tannen — 7700 Fm. 495 % (im Dezember 486 %) und Fichten und Lärchen 470 Fm. 477 % (423 %), Eichen 1 a 385 000 M., b 150 000 M., 2 a 260 000 M., b 135 000 M., 3 b 130 000 M., 4. Kl. 84 000 M., 5. Kl. 62 000 M., Nadelholzstangen, Bauftangen 1 a 6954 M., b 4775 M., 2. Kl. 3836 M., 3. Kl. 3361 M., Hagstangen 1. Kl. 2202 M., 2. Kl. 1331 M., 3. Kl. 1150 M., Hopfenstangen 1. Kl. 393 M., 2. Kl. 521 M., 3. Kl. 300 M., 4. Kl. 246 M., 5. Kl. 147 M., Eichenstämme für 1 Km. 92 000 M., Rotbuchen Nusscheller 70 000 M., Kugel 67 000 M., Weißbuchen-Kugel 55 000 M.

Märkte.
(S.C.B.) Kottweil, 10. Febr. Dem Vieh- und Pferdemarkt waren zugeführt: 93 Pferde, 52 Ochsen, 66 Kühe, 153 Kinder, 28 Farren und 9 Kälber. Bezahlt wurde für Pferde 1—4 Millionen, für schwere Ochsen 5—8 Millionen, für jüngere Ochsen 2½—4 Millionen, je pro Paar. Für Kühe 1—3 Mill., für Kälberinnen 1½—3 Mill., Jungvieh 400 000 M. bis 1 Mill., für Farren 1½—4 Mill. M. Der Handel war wegen der hohen Preise nicht besonders lebhaft. — Dem Schweinemarkt waren 237 Milch- und 3 Käuferf Schweine zugeführt. Bezahlt wurde für Milchschweine 120—200 000 M. pro Paar, für Käuferf Schweine 150—190 000 M. pro Stück.

Die drückenden Milchhandelsverhältnisse drücken leidvollend nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schrill.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann Galm. Druck und Verlag der W. Vellhöfer'schen Buchdruckerei Galm.

Bezirksbeamtenbund Calw.

General-Versammlung

an Freitag, den 16. Februar 1923 im Wirtschaftslokale des „Babischen Hof“ in Calw. Beginn 8 Uhr abds

Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über den Satzungsentwurf.
2. Tagesfragen und sonstiges.

Der Vorsitzende.

Vorträge
von Dr. Horch
Vereinshaus
abends 8 Uhr
13. (Jugend) 14. 15. Febr.

Leonberg.
In Spezialmehl,
Brotmehl Nr. 3 u. 4,
Hafermehl
empfehlen.
Abgabe solange Vorrat.

Wilh. Müller,
„Rosa“, Mühlengabrikate,
Fersprechter 94.

In meiner Druckerei
findet aufgeweckter
Junge gute
Lehrstelle
als Schriftfeger.

Georg Ellig,
Buchdruckerei.

Schwarzen
Gehrock-Anzug
sowie

Paletot
hat im Auftrag zu verkaufen
R. F. Schulte jr.

Färberei Strubberg
Chem. Waschanstalt.
Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Bei Verkäufen

erleidet man sehr leicht wirtschaftliche
Schädigungen, die in der jetzigen Zeit
besonders schwer empfunden werden.

Vermeiden

lassen sich solche Verluste leicht, wenn
man sich eine Tages-Zeitung hält, die
über Preisbildungen jeder Art berichtet.

Bestellen

Sie deshalb so bald als möglich das
Latwer Tagblatt, das über alles Wissens-
werte rasch und zuverlässig berichtet.

Die Vorteile

auf wirtschaftlichem Gebiet bringen
den Bezugspreis reichlich wieder ein.

W. Forstamt Stammheim Nadelholzstangen - Verkauf.

Am Samstag, 17. Febr.
1923 nachmittags 2 Uhr
im Gasthof zum „Bären“
in Stammheim aus Staats-
wald Feigenweg, Waldweg,
Hm. Neutegau, Ludeura-
kopf, Hm. Weder, ad, Linden-
ram-Coene u. Hang, Mar-
han, Vord. Weidloch und
Duerer Jagelhall: Baumt 945
la., 16.0 la., 1.95 la., 80 la.,
Kl.; Haglt.: 530 la., 1603 la.,
480 la., Kl.; Hopfenst.: 420 la.,
265 la. Kl. Losverzeichnisse
von der Forstdirektion W. J.
H. Stuttgart.

Ein- bis zweijährige Land-Hühner werden zu kaufen gesucht.

Von wem, sagt die Ver-
schäftsstelle dieses Blattes.

Zu kaufen gesucht:
1 guterhaltener
Kleiderkasten,
1 vollständiges Bett,
1 Klavier.

Näheres zu erfragen auf
der Geschäftsstelle ds. Bl.

Langholz kauft wieder hauptsächl. Forchen Teinach. Holz- industrie A.-G. Teinachtal.

Für den
dortigen Bezirk
habe ich
Alleinverkauf
meiner geschl.
geschützten Stallapothek
Strafcheo
(unentbehrlich für jeden
Landwirt) geg. Provision
oder auf eigene Rechnung
zu vergeben. Gleichzeitig
kann die Vertretung in
Milchseparatoren
sowie meiner
Feuerlöcher
übernommen werden.
Verandhaus
Gerstellen (Württg.)